

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 266.

Dresden, Dienstag den 16. November 1909.

20. Jahrg.

## Der Verfassungskampf in England.

Von unserem Korrespondenten.

J. S. London, 13. November.

Sowie die Stunde der Entscheidung über das Budget näher kommt, beginnt sich die Lage mehr und mehr zu klären. Das Unterhaus hat das Budget nunmehr endgültig erledigt, das Oberhaus hat es in erster Lesung bereits passieren lassen und die Debatte über die zweite Lesung wird am Montag den 15. November ihren Anfang nehmen. Im Laufe derselben wird die Krise voraussichtlich ihren Höhepunkt überwinden haben. Die Führer der Konservativen haben nun die ihnen dienende Presse klipp und klar erklären lassen, daß das Oberhaus das Budget unter allen Umständen ablehnen wird. Der Antrag zur Ablehnung wird offiziell von der oppositionellen Mehrheit des Oberhauses gestellt werden. Die Ablehnung wird, wie dies ja schon längst vorauszuversetzen war, in der Form geschehen, daß die Lords erklären, sie könnten es mit ihrem konstitutionellen Gewissen nicht vereinbaren, derartige revolutionäre Neuerungen, wie sie das Budget enthält, Gesetz werden zu lassen, ohne daß die Wähler erst Gelegenheit gehabt hätten, ihre Ansicht darüber zu äußern. Man sieht, die Lords wagen die Intelligenz der englischen Wähler sehr niedrig einzuschätzen, wenn sie glauben, daß sie auf diesen plumpen Schwindel hereinfallen werden.

Vom verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt hat die Revolution der Lords einen zweifachen Zweck. Einmal soll dem gewählten Unterhause und mittelbar den Wählern das Recht genommen werden, das sie Jahrhunderte hindurch unbestritten hatten: die Steuern, die das Volk zu tragen hat, nach Art und Maß festzustellen. Zweitens bedeutet der Anspruch der Lords, daß sie dem Unterhause seine bisherige Macht, die Lebensdauer einer jeden Regierung nach eigenem Ermessen zu bestimmen, freizügig machen und auch dieses Recht an sich ziehen wollen. Die geplante Revolution ist demnach eine zweifache. Sie würde das Unterhaus zu relativer Bedeutungslosigkeit herabdrücken und damit das Stimmrecht des einzelnen Wählers seines Wertes berauben.

Der Entschluß der Lords zeigt jedenfalls von einer enormen Fähigkeit und großem Kraftbewußtsein. Seit Jahrhunderten haben nun schon die Liberalen davon, daß sie entschlossen sind, die Befugnisse der Lords einzuschränken, aber die Lords haben jede Drohung der Liberalen mit einer neuen Resolution beantwortet. Während die Liberalen den Kampf gegen die Lords unaufhörlich im Munde führen, gehen die Lords ihrerseits in aller Stille wirklich daran, sich zum allein maßgebenden Faktor im staatlichen Leben Großbritanniens zu machen.

Ein Beispiel ihrer Unberücksamtheit haben die Lords erst vor wenigen Tagen mit der Ablehnung der Londoner Wahlreform-Bill geliefert. Die Reform hat für das begrenzte Gebiet, auf welches sie sich bezieht, eine ziemlich große Bedeutung. Zudem ist das ganze ungeheure Gebiet Londons für gewisse Zwecke des Wahlgesetzes in einen einzigen Wahlkreis verwandelt, schafft sie das Pluralvotum, soweit London in Betracht kommt, gänzlich ab. Außerdem würde sie den überaus zahlreichen Wahlrechtsentzogenen, welche jetzt mit dem Umzug aus einem Bezirke Londons in den anderen verbunden sind, ein Ende gemacht haben. Nach offiziellen Berechnungen beträgt die Zahl derer, die durch diese Vorlage das Stimmrecht zu erlangen hätten, ungefähr 40 000. Die Lords haben die Vorlage ohne viel Federlesens abgelehnt, weil sie angaben, daß ihr die Volksmassen im Lande wenig Interesse entgegenbrächten, und die Londoner Wähler sind stets schwer in Bewegung zu setzen gewesen.

Der Entschluß der Lords, dem Budget den Garaus zu machen, wäre in seiner Vollführbarkeit vollständig unbegreiflich, wenn man nicht annehmen könnte, daß sie auch jetzt noch auf die sprichwörtliche Feigheit der Liberalen spekulieren. So ungläubig es scheinen mag, daß die Liberalen auch diese Ohrtöne ruhig auf sich sitzen lassen könnten, so sicher ist es, daß die Lords gerade aus dieser Erwartung ihren Mut schöpfen. Denn daß die konservativen Führer mit der Möglichkeit einer Niederlage ihrer Partei bei den auf die Ablehnung des Budgets folgenden Wahlen rechnen, muß als selbstverständlich gelten. Die einzige Hoffnung, die ihnen bleibt, ist die, daß die steigende liberale Regierung auch dann noch nicht den Mut haben wird, mit den Lords ernsthaft abzurechnen, sondern daß sie sich mit Eingeweihten begnügen, und im übrigen alles wesentlich beim Alten lassen wird. Bisherige Erfahrungen lassen diese Erwartungen der Lords zumindest begründet erscheinen. Sollten sie sich darin nicht täuschen, dann nur deshalb, weil die liberale Partei den Ernst der Lage für sich selbst nicht ganz erkennt. Rechnen die Lords das Budget wirklich ab, dann wird dadurch eine Lage geschaffen, welche die Politiker nicht mehr noch belächeln zu kontrollieren vermögen. Die Folge kann nur die sein, daß entweder die Macht der Lords oder die der liberalen Partei für immer gebrochen wird. Für faule Kompromisse wird es dann zu spät sein.

## Der Wahlfonds des Industriekapitals.

Wir haben bereits mehrfach von dem Wahl- und Korruptionsfonds Mitteilungen gemacht, der unter Leitung des Zentralverbandes der Industriellen gegründet ist. Wir sind jetzt in der Lage, über die Geheimverhandlungen, die am 15. Oktober in dieser Angelegenheit stattgefunden haben, ausführlich zu berichten.

Diese Verhandlungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller dokumentieren aufs neue die hochgradige Gefährlichkeit der im Dunkel an der Korruption des öffentlichen Lebens arbeitenden Scharfmacherclique. Einen Zukunftssturm, d. h. einen eisernen Kriegsfonds, hat Herr S. A. Wied den zu sammelnden Scharfmacherfonds, der zur Befämpfung der politischen Arbeiterbewegung dienen soll, selbst genannt. Besser würde er von einem Reptilien- oder Korruptionsfonds gesprochen haben. Der Zentralverband der Scharfmacher wagt nicht, im Wahlkampf offene Feindschaft zu entfalten, er verlangt von dem Kandidaten, den er heimlich mit seinem Gelde unterstützen will, kein öffentliches Bekenntnis zu seinen Zielen, er weiß zu gut, daß jeder Kandidat, von dem bekannt würde, daß der Zentralverband seine Wahl materiell unterstützt, damit auch schon dem Volksgericht verfallen wäre. Und doch will man nicht bloß in der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen, sondern auch in der freisinnigen Reichstagsfraktion seine Agenten haben! Man nimmt man eine Scheibung vor und gründet eine Tochtergesellschaft, die das Geschäft zu machen hat, während man selbst damit „absolut nichts zu tun hat“. Dieses Versteckspiel sowie der Umstand, daß über die Verwendung der Gelder nur soweit es „zweckmäßig“ erscheint, Rechenschaft abgelegt werden soll, kennzeichnen das Unternehmen des Scharfmacherverbandes zur Genüge. Es soll eben gewissen dunklen Volksmännern, die von arbeiterfeindlichen Kreisen trafen, das Schicksal erspart werden, eines Tages als Stipendiaten der rückwärtslosesten Arbeiterfeinde entlarvt zu werden.

Aus den Verhandlungen des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Industrieller am 15. Oktober 1909 im Hotel Adlon in Berlin.

Generalsekretär S. A. Berlin: Meine Herren, Sie sind heute berufen worden, um Stellung zu nehmen zu dem Antrage des Direktoriums, innerhalb der dem Zentralverbande angeschlossenen Industriellen einen Wahlfonds zu bilden bezw. über die Ausführung dieser Maßregel zu beschließen.

Seit einer längeren Reihe von Jahren verfolgt die Gesetzgebung im Reich namentlich auf dem Gebiet der Wirtschaft und Sozialpolitik eine den Interessen der Industrie ungünstige Richtung. In wirtschaftlicher Beziehung ist die Richtung ganz besonders hervorgetreten in dem Streben, der deutschen Industrie den Schutz, der ihr zuteil werden müßte, entweder gar nicht oder nur in ungenügendem Maße zu gewähren.

In sozialistischer Beziehung ist diese Richtung hervorgerufen aus dem Retheder Sozialismus. Diese Bewegung arbeitet immer mehr und mehr aus, je mehr die jüngere Generation der professionenmäßigen Nationalökonomien sich den Lehren der mächtig aufsteigenden Sozialdemokratie zuwendet. Dies geschah besonders bei allen das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern betreffenden Vorlesungen. In diesen Fragen stellen sich jüngere Herren der Professoren der Nationalökonomie ganz an die Seite der Sozialdemokratie, diese in Geschäftlichkeit und Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber fast noch überbietend. In der Erkenntnis ihrer Schwäche hielten sich die älteren, von denen diese Bewegung einseitig war, der extremen Richtung ernstlich entgegenzutreten: sie markierten eben mit, wenn auch im Hintertreffen. Nur einzelne von ihnen, wie beispielsweise Brentano, haben die jüngeren noch überboten, augencheinlich um an der Spitze dieser für die Industrie so außerordentlich verhängnisvollen Bewegung zu bleiben.

Meine Herren, so kam es, daß von allen deutschen Lehrstühlen der Nationalökonomie insbesondere die Sozialpolitik im Sinne äußerster sozialistischer Anschauungen und weitgehender Vereinigenommenheit und Feindseligkeit gegen das Arbeitgeberium gefehert wurde.

Dazu kam als weiteres treibendes Element das Vahlen um die Gunst der künftigen Reichstagswahlen. Diese Wahlen werden in der Hauptsache von den Arbeitern gebildet, die ja, wie ihnen bekannt, die Feindseligkeit und den Kampf gegen die Arbeitgeber auf ihre Fahne geschrieben haben. So ist es gekommen, daß Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber im gewissen Grade auch die Parole der politischen Parteien geworden ist.

Meine Herren, ich muß hervorheben, daß sich dieses Treiben die altkonservative Partei nicht in jedem Falle angeklaffen hat. Wo zu befürchten war, daß die betreffenden Gesetzesvor schläge oder Anträge auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter zurückzuführen könnten, da waren die Herren natürlich nicht zu haben. (Sehr wahr!) Im übrigen haben sie sich, trotz und frühlich immer mitgestimmt, wenn es sich um Geleise gegen die Arbeitgeber handelte. (Sehr wahr!) Eine ganz erhebliche Ausnahme hat die Reichspartei, die freikonservative Partei, gebildet, die sich immer dem Arbeitgeber, dem Unternehmern viel freundlicher erweist hat.

Der Referent schildert nun ausführlich die seit 1908 betriebenen Bestrebungen, eine politische Organisation des Unternehmertums zustande zu bringen. Der Kommerzienrat Mend. Klona habe die Gründung eines „Bundes der gewerblichen Arbeitgeber“ vorgeschlagen, dessen Tätigkeit sich auf sozialpolitische Fragen beschränken sollte. Für einen großen politischen Arbeitgeberbund, der auch die Kleinsten umfassen sollte, sei Dr. Lillie eingetreten, der die sogenannten Saarbrücker Bestrebungen referenzierte, denen sich der Hannoverische Arbeitgeberverband angeschlossen. Besondere Verdienste um die parlamentarische Vertretung der Industriellen erwarb sich auch Dr. Stresemann, dem es zu danken war, daß im alten sächsischen Landtag 30 Industrielle, davon 25 Mitglieder des Verbandes sächsischer Industrieller, saßen. Dann hat Regierungsrat Professor Dr. Leibig den Vorschlag gemacht, einen „Industrieverband der nationalliberalen Partei“ zu

gründen. Dieser Vorschlag stieß aus nicht näher anzuführenden Gründen auf so entschiedenen Widerpruch, daß ihm keine Bedeutung beizulegen ist. Sodann beschloß sich der Redner ausführlich mit einem Vorschlag des Geschäftsführers der bayerischen Metallindustriellen Dr. König, zunächst die Organisation der Arbeitgeberverbände vollständig durchzuführen. Darüber lag er u. a.:

Rechtsanwalt König bezeichnet als einzig mögliche Grundlage für die auf die wirkungsvolle Vertretung der industriellen Interessen gerichteten Bestrebungen nur die Arbeitgeberverbände. Darin trete ich ihm entschieden entgegen. Ich behaupte, daß die Arbeitgeberverbände zu diesem Zwecke weder benutzt werden können noch benutzt werden dürfen (Sehr richtig), und zwar aus folgenden Gründen. Meine Herren, die Gewerkschaften der Sozialdemokratie und die anderen erkennen heute unumwunden die Überlegenheit der Arbeitgeberverbände und der in ihnen vereinigten Kräfte an. Das veranlaßt die Gewerkschaften jedoch nicht, eine feindliche Haltung den Arbeitgebern gegenüber einzunehmen. Während der Zeit des Niederganges haben sie sich wohlweislich ruhig verhalten und die größeren beachtenswerten Streiks, die in dieser Zeit stattgefunden haben, sind meistens gegen den Willen der Organisationen von unbotmäßigen Mitgliedern der Gewerkschaften angestreift worden. Aber, meine Herren, sie haben die Zeit als Vorbereitungszeit für die Kämpfe betrachtet, die sicher eintreten werden, wenn bessere Zeiten herankommen, Kämpfe, die sie als Entscheidungskämpfe betrachten. Und die Organisationen der Arbeiter haben sich in einer großartigen Weise getätigt, denn ihnen stehen heute Mittel in Höhe von mehr als 40 Millionen zur Verfügung. Die Deutsche Deutsche Arbeitgeberverbände hat es glücklich auf 1/10 Millionen gebracht.

Meine Herren, unter diesen Umständen ist es erforderlich, daß die Organisationen der Arbeitgeber — darin stimme ich dem Herrn Rechtsanwalt König bei — mit aller Kraft so weit als möglich umlich ausgebildet, daß alle Hindernisse, die dieser Ausbildung entgegenstehen oder entgegenstehen könnten, beseitigt werden. . . .

Selbst politische Wahlen bestehen, ist es die vornehmlichste Aufgabe der Parteien immer gewesen, so viel Geld als möglich für die Wahlen zusammenzubringen. Dabei ist weiter nichts Schlimmes, und es ist verkehrt und geschmacklos, wenn, wie es in der Presse geheißen ist, in Verbindung mit dem Verlust des Direktoriums von Wahlbestechung und Stimmenkauf gesprochen wurde.

Das Direktorium schlägt also vor, einen industriellen Wahlfonds

wie ich ihn nennen möchte, zu bilden, aus dem ohne Anlehnung der nationalen Partei, der die betreffenden Kandidaten angehören, alle unterläßt werden sollen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Interessen der Industrie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen im Sinne der Ansichten vertreten, die mit den Bestrebungen und den Verhältnissen des Zentralverbandes nicht im Widerspruch stehen. Wir wollen konservativ, Nationalliberale, Freisinnige unterstützen, wenn sie sich als Freunde der Industrie betätigen.

Das Direktorium hat zunächst den Grundlag aufgestellt, daß mit der Sammlung und der Verwendung dieses Fonds

der Zentralverband absolut nichts zu tun haben soll. Nicht etwa, weil er sich zu solcher Tätigkeit nicht eigne oder weil er irgendwie Bedenken tragen müßte, mit einer solchen Tätigkeit frank und frei vor die Öffentlichkeit zu treten. Das nicht, meine Herren, andere Gründe waren maßgebend. Unverkennbar besteht in einzelnen Kreisen seiner Mitglieder ein vielleicht auf einer gewissen Missgunst beruhendes Widerstreben, dem Zentralverband größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Daran ist auch der einzig richtige Gedanke, bei Begründung der Deutschen Arbeitgeberverbände einen

sogenannten Julisturm zu errichten, gescheitert. Es soll daher eine Kommission gebildet werden und zu dieser Kommission soll eine Reihe von Vereinen ernannt werden, je ein Mitglied zu ernennen. Diese Vereine sind:

1. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen in Düsseldorf.
2. Der Verein für die Bergbauwirtschaftlichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen (Muhl).
3. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln in Köln.
4. Der Mittelrheinische Fabrikantenverein in Mainz.
5. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie in Saarbrücken.
6. Das Elsaß-Lothringische Industrielle Syndikat in Mülhausen im Elsaß.
7. Der Verein Süddeutscher Baumwollindustriellen in Augsburg.
8. Der Bayerische Industriellerverband in München.
9. Der Verband von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie in Chemnitz.
10. Der Oberthüringische Berg- und Hüttenmännliche Verein in Rattowitz.
11. Der Verband Sächsischer Textilindustriellen in Breslau.
12. Der Verband Ostbayerischer Industrieller in Danzig.
13. Der Verein Deutscher Papierfabrikanten in Berlin.
14. Der Ausschuss der Lein-, Jemens- und Kalkvereine in Berlin.
15. Die Norddeutsche Gruppe des Vereins Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin.

Der Vorsitzende dieser Kommission wird seinen Sitz in Berlin haben müssen. Die Kommission soll verpflichtet sein, eine Geschäftsstelle zu unterhalten. Dem Geschäftsführer wird die Aufgabe aufgegeben, sich über die Verhältnisse in den Wahlkreisen zu informieren, Vertrauensmänner in den betreffenden Wahlkreisen anzustellen und seine Vorschläge für das Vorgehen bei den Wahlen dem Komitee zu unterbreiten.

Dann schlagen wir Ihnen vor, als Maßstab für den Beitrag zum Wahlfonds die Lohnsumme zu betrachten. Dieser Maßstab ist jedenfalls viel gerechter als die Zahl der Arbeiter, namentlich in Bezug auf jene großen Industrien, die auch verhältnismäßig billige Arbeiter verwenden, wie beispielsweise die Textilindustrie, die so viel jugendliche und weibliche Personen beschäftigt. Über die Verwendung der Beiträge soll, soweit es zweckmäßig erscheint, Rechenschaft abgelegt werden.

Der Redner behandelt lobend das Verhältnis zum Dankabund und schlägt Folien Sie eine Aenderung herbeiführen, so dürfen Sie Ihre Taten nicht zurücklassen und sich mühsam abgeben. Meine